

Die Bote aus dem Riesengebirge

Zeitung für



alle Stände.

Erscheint

täglich.

Jahrgang 103.

Sonntag-Beilage: „Das Leben im Bild.“

Jahrgang 103.

Die Aufgabe von größeren Anzeigen erbitten einen Tag vorher. — Kleinere Anzeigen werden bis 12 Uhr mittags erbeten.

Anzeigenpreis:
Die 49 mm breite Zeitspalte oder deren
Raum 20 Pf. Die 100 mm breite Zeitspalte
auf Textseiten 50 Pf.
Anzeigen-Nachnahme nur bis 12 Uhr
mittags.

Hirschberg, Montag, den 15. Februar 1915

Nr. 46

Bezugspreis:
Bei Abholung von der Post vierteljährlich 1,95 Mk.
Sommerpostträger ins Haus gebracht viertel-
jährlich 2,37 Mk. Bei den Ausgabestellen in
Hirschberg monatlich 60 Pf. Verkauf von
Wochennummern (20 Pf.) nur am Volenshalter

Verantwortlich gemäß § 7 des Pressegesetzes: Redakteur Walther Dreßler; für die Inserate Direktor A. Klein. Verlag und Druck: Aktiengesellschaft „Bote a. d. Riesengebirge“.

Der Weltkrieg.

Die allgemeine Kriegslage.

wb. Großes Hauptquartier, 14. Februar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich Ponta Mousson entrißen wir den Franzosen das Dorf Norroy und die westlich des Ortes gelegene Höhe 365. Zwei Offiziere und 151 Mann wurden zu Gefangenen gemacht.

In den Vogesen wurden die Ortschaften Hilsen und Oberjengern gestürmt. 135 Gefangene fielen in unsere Hände.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An und jenseits der ostpreussischen Grenze nahmen unsere Operationen den erwarteten Verlauf.

In Polen rechts der Weichsel machten unsere Truppen in der Richtung Racione Fortschritte.

In Polen links der Weichsel keine Veränderung.

Oberste Heeresleitung.

Die Lage im Osten.

Der österreichische Schlachtenbericht.

wb. Wien, 13. Februar. Amtlich wird verlautbart: In Rußisch-Polen und Westgalizien keine Ereignisse. Die Situation an der Karpathenfront ist im westlichen und mittleren Abschnitt im allgemeinen unverändert. Die starken russischen Gegenangriffe zunächst des Dullapasses sind seltener geworden. Im östlichen Abschnitt sind Fortschritte erzielt. Gleichzeitig mit dem erfolgreichen Vordringen in der Bukowina überschritten eigene Truppen nach Zurückwerfen des Gegners bei Koryzmezö den Jablonihapass und die Uebergänge beiderseits der Straße. Während die in der Bukowina vorrückenden Kolonnen unter zahlreichen Gefechten die Serethlinie erreichten, erkämpften sich die im oberen Flußgebiete des Pruth auf Radworna vordringenden eigenen Kräfte den Austritt aus den Gebirgstälern und erreichten Wijnih, Kutj, Kosow, Delatyn und Pasieczna, wo die Russen gegenwärtig an verschiedenen Punkten halten. Durch die in letzter Zeit täglich eingebrachten Gefangenen wurde die Summe der in den jetzigen Kämpfen gemachten russischen Kriegsgefangenen auf 29 000 Mann erhöht.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Hoefler, Feldmarschallleutnant.

Der russische Generalstab in der Bukowina gefangen.

wb. Budapest, 13. Febr. „Uj Est“ meldet aus Bisteritz: Unsere Truppen sind in Radonih eingezogen. Der Einzug geschah so schnell und überraschend, daß der dort sich aufhaltende Generalstab keine Zeit hatte, zu flüchten und mit dem gesamten Büro

in Gefangenschaft geriet. Der kommandierende General verübte Selbstmord.

Berlin, 13. Februar. Der „Bosk. Ztg.“ wird aus Budapest gedruckt: „Bosk. Ztg.“ meldet aus Bisteritz: Die Befreiung der Bukowina schreitet weiter äunfsta fort. Ein Teil unserer Truppen zog heute im Wisznik ein und befindet sich nun auf dem Wege nach Czernowit. Ein anderer Teil nahm Besitz von einer Stellung bei Verhometh, ein dritter besetzte einen nach Czernowit führenden Weg. Die Besitznahme der Stellung von Wisznik ist insofern von Bedeutung, weil dadurch der geplante Widerstand der Russen längs des Serethflusses unmöglich geworden ist. Die Russen können nirgends stand halten. Unsere Truppen verfolgen sie Schritt für Schritt. Im größten Teil der Bukowina funktionieren unsere Nemter bereits wieder.

Aus den Karpathen.

Berlin, 13. Februar. Der Korrespondent der V. Z. a. M. meldet aus dem österreichischen Kriegs-Pressequartier: Die österreichisch-ungarischen Truppen sind auf der gesamten, ungefähr 500 Kilometer langen Karpathenfront, auf der die Kämpfe seit dem 25. Januar andauern, erfolgreich. Der russische Vorstoß gegen den Westflügel ist gescheitert. Bei Dulla hat sich nach schwersten Kämpfen nun ein Positionskampf entwickelt, in dem die österreichischen Truppen allmählich das Uebergewicht gewinnen. In der Mitte der Front, wo die österreichisch-ungarischen und die deutschen Truppen Schulter an Schulter kämpfen, dauert das heiße Ringen noch an; ein Erfolg ist aber auch hier sicher zu erwarten. Am Ostflügel ist ein entscheidender Erfolg zu verzeichnen, den die Schwierigkeiten des Nachschubes infolge des hohen Schnees nicht wesentlich beeinflussen können.

Wien, 14. Februar. Die russischen Verluste in den letzten Kämpfen im Dullapass sind ungeheuer. Allein der Angriff auf Lipno und Kastelilberg kostete den Russen über 6000 Tote und sehr viele Gefangene. Eine sibirische Division wurde bis auf 600 Mann vernichtet, ein Regiment aufgerieben. Die deutschen und österr.-ungar. Truppen kämpften stellenweise gegen eine dreifache Uebermacht von fünf russischen Korps. Natürlich haben auch die Deutschen und ihre Verbündeten nicht unbedeutende Verluste erlitten, die aber bei weitem nicht so groß sind, wie sie von den Russen in der Presse ihrer Verbündeten und der Neutralen dargestellt werden.

Kosakenbrauch.

Berlin, 13. Februar. Dem „Lof-Ans.“ wird aus Wien gemeldet: Aus polnischen Blättern erfährt man, russische Truppen seien über Olesowice und Trepca nach Sanok gezogen. Sie durchwaten den Sand, da unsere Bioniere die über den Fluß führende Brücke gesprengt hatten. Kosaken requirierten in der ganzen Gegend Holz und Heu. Juden, denen man ihre Bestände abnahm, erhielten dafür eine Quittung folgenden Inhalts: „Für 5 Fuhren Heu sind dem jüdischen Besitzer 5 Ohrfleigel zu verabreichen.“ In den Kaufläden zahlten die Russen einzehntel Tausend Laib Brot. Da die Lieferung infolge Mehlmangels unausführbar war, wurde eine Kontribution von 10 000 Kronen aufgelegt und die Stellung mehrerer Geiseln gefordert.

Der russische Generalstabsbericht.

wb. Petersburg, 14. Februar. Nach dem Bericht des Generalstabes fanden in der Gegend von Lyck Kämpfe statt, wobei wir den Angriff des Feindes erfolgreich abwießen. Auf dem linken Weichselufer beschloß unsere Artillerie erfolgreich feindliche Kolonnen. In bei

Karpaten besiegten unsere Truppen mehrere besetzte Anhöhen, wobei wir ungefähr 1000 Gefangene machten. Wir drängten bei dem Paß von Tucholka die Deutschen etwas zurück und wiesen bei Wyszlow hartnäckig feindliche Angriffe zurück.

Behandlung der Zivilgefangenen in Rußland.
 wb. Petersburg, 13. Februar. Die Deutschen, Oesterreicher und Türken, die im Gouvernement Wilna wohnen, haben die Aufforderung erhalten, binnen zwei Wochen abzufahren, widrigenfalls sie auf administrativem Wege verschickt werden.

Sonstige russische Bräuche.

wb. Petersburg, 13. Februar. Die „Njetsch“ enthält einen heftigen Artikel über das schwere Los der Juden in Rußland. Seit Ausbruch des Krieges sei nichts getan worden, um das Los der Juden zu erleichtern, mit Ausnahme der Birkulare, daß Verschickungen von Juden einstweilen nicht stattfinden sollen. Im übrigen ist nichts geändert worden. Eine jüdische Mutter kann ihren verwundeten Sohn nicht sehen, der irgendwo todkrank in einem Lazarett liegt. Den jüdischen Verwundeten werden Anträge auf einen Aufenthalt in Petersburg zur Kur abgelehnt. Die geplante Aufhebung der Pässe soll für die Juden nicht gelten. Die Juden werden also nach wie vor rechtlos behandelt. Am 10. Februar a. St. wird ein Prozeß gegen die fünf sozialdemokratischen Mitglieder der Duma und die sieben anderen Leute, die mit ihnen wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verhaftet worden waren, stattfinden. Die Verhafteten werden beschuldigt, einer sozialdemokratischen Parteiverammlung beigewohnt zu haben. Es handelt sich um die Abgeordneten Petrowski, Muranow, Budajeff, Schagow und Kesamodloff.

Die russisch-polnische Legion.

wb. Zürich, 14. Februar. Der „Neuen Züricher Zeitung“ zufolge ist der dem polnischen Adel angehörige Oberst Antonius Stanislawowitsch Reut, der bereits am japanisch-russischen Kriege teilgenommen hat, zum Kommandeur der russisch-polnischen Legion ernannt worden. Der Armeeführer an der russischen Südwestfront, Generaladjutant Zwannow, hat einen Armeebefehl erlassen, wonach die polnische Legion in Nowo Alexandria die polnische Kommandosprache erhalten und von polnischen Offizieren geführt werden soll.

Rußlands Bump.

wb. London, 13. Februar. Die Bank von England fordert zur Bedienung von einjährigen russischen Schatzscheinen im Betrage von 10 Millionen Pfd. Sterl. (200 Millionen Mark) auf zum Emissionskurse von 95 Prozent.

wb. Berlin, 14. Februar. Die „Frankf. Ata.“ meldet aus Petersburg: „Ruskoje Slowo“ will von dem russischen Finanzagenten Raffaelowitsch in Paris selbst erfahren haben, daß eine Kollektivanleihe im Betrage von 800 Millionen Pfund beschlossene Sache sei.

wb. Kopenhagen, 13. Februar. Die „Berlingske Tidende“ meldet aus Paris: Der Minister des Äußerer Delcassé ist mit dem russischen Finanzminister Bark aus London zurückgekehrt. Der „Temps“ schreibt hierzu: Wir kennen nicht das Resultat der Zusammenkunft zwischen Grey und Delcassé, aber die getroffenen Abmachungen stehen sicherlich unter dem Einbruche der äusseren Stellung, die die verbündeten Heere jetzt innehaben. (Und der neue Sieg Hindenburgs?) Diese Umstände werden trotz aller deutschen Manöver die noch abgerunden Länder veranlassen, den verbündeten Kräften eine Stütze zu geben, wie es notwendig ist, um den Sieg auszunützen.

Das unversöhnliche Rußland.

wb. Paris, 14. Februar. Der russische Finanzminister erklärte dem Matin, der Krieg mit Deutschland sei mit der militärischen Aktion nicht beendet. Rußland werde den wirtschaftlichen Kampf erbarmungslos fortsetzen und die Franzosen würden künftig die Deutschen auf den russischen Märkten ersetzen. Dem „Echo de Paris“ hat dieser Minister erklärt, daß die von russischen Banken beim Ausbruch des Krieges bei französischen Banken eingegangenen Verbindlichkeiten 500 Millionen Francs betragen.

Den wirtschaftlichen Kampf werden wir in aller Ruhe abwarten. Was Frankreich nach dem Kriege noch liefern kann, damit dürften die Russen wenig zufrieden sein.

Der Krieg mit England.

Die neutrale Flagge.

Cöln, 14. Februar. Aus Kopenhagen wird der „Kölnischen Zeitung“ gemeldet: Die hiesigen Reederei erörtern fortgesetzt die Frage der Kennzeichnung dänischer Handelsschiffe, die im Gebiet der Sperre verkehren. Der Vorschlag, die Schiffsseiten mit einem roten Kreuz auf weißem Felde anzumalen, findet allgemeinen Beifall. Da aber Farbe wegen wechselnder Seebeleuchtung nicht richtig erkannt würde, empfiehlt man ebenfalls, mit riesigen Buchstaben in gelblichender Farbe am Schiffsrumpf die Worte „Danst Skib“ (Dänisches Schiff) anzubringen.

Zürich, 12. Februar. „Secolo“ macht den Versuch, den Gebrauch neutraler Flaggen seitens englischer Schiffe zu rechtfertigen. Es sei dies Handelsschiffen nach den maritimen Traditionen durchaus gestattet. „Sera“ schreibt: Der Beschluß der Engländer bedeutet keine Ueberraschung, da die englische Praxis ja bekannt sei. Das Vorgehen der Engländer verleiht aber die Rechte der Neutralen, weil, wenn einmal das Führen einer falschen Flagge als erlaubt anerkannt wird, dann auch die Schiffspapiere gefälscht werden könnten, wenn man auf diesem Wege einer Raperung oder Versenkung des Schiffs entgehen will.

wb. Liverpool, 13. Februar. Amerikanische Passagiere, die im Begriff stehen, mit der „Lusitania“ von der Cunardlinie abzureisen, haben die Reederei ersucht, die amerikanische Flagge auf dem Schiffe hissen zu lassen.

Die Schiffsantausebill.

wb. Washington, 13. Februar. Präsident Wilson lehnte den Kompromiß über die Schiffsantausebill ab. Daraus ist zu schließen, daß er dem Zusatzantrag zustimmte, der die Tätigkeit der Regierung in der Schifffahrt auf zwei Jahre nach Schluß des Krieges beschränkt. Im Senat beantragte Reed Schluß der Debatte.

Der Fall der „Dacia“.

wb. London, 14. Februar. „Daily Mail“ schreibt: Die Abfahrt der „Dacia“ wurde der britischen Regierung erst gestern amtlich mitgeteilt. Wenn das Fahrzeug beschlagnahmt wird, wird eine unparteiische Tribune über die daraus entstehenden Fragen entscheiden. Man ist sich auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans im klaren, daß eine Probeentscheidung herbeigeführt werden soll.

wb. London, 14. Februar. Der Frachtdampfer „Torquat“ wurde gestern in sinkendem Zustande nach Scarborough gebracht. Der Dampfer fuhr wahrscheinlich auf eine Mine.

Der Fall der „Wilhelmina“.

Berlin, 13. Februar. Die Ladung des amerikanischen Dampfers „Wilhelmina“ ist von den Engländern in Palmas mit Beschlag belegt worden. Der Dampfer „Wilhelmina“ ist das erste Schiff, das seit Ausbruch des Krieges von Amerika mit einer Ladung Lebensmittel nach Deutschland abgehandelt worden ist. Die Ladung war auf dem einer amerikanischen Gesellschaft gehörenden Dampfer an einen amerikanischen Bürger in Hamburg abgehandelt. Dieser hatte sich dafür verbürgt und auch von der deutschen Regierung die Zusicherung erhalten, daß die von den Dampfern gebrachten Nahrungsmittel nur für Nichtkämpfer in Deutschland Verwendung finden sollten. Vor Abendung der Ladung hatte der amerikanische Staatssekretär Bryan auf eine Anfrage als den Rechtsstandpunkt der amerikanischen Regierung in dieser Sache erklärt: „Nahrungsmittel fallen unter den Begriff der bedingten Konterbande und können nach dem internationalen Gesetz an kriegführende Nationen versandt werden, wenn sie tatsächlich nicht für die Regierung solcher Länder oder deren bewaffnete Streitkräfte bestimmt sind.“ Welche Schritte das amerikanische Staatsdepartement tun würde, wenn die Ladung der „Wilhelmina“ von den Feinden Deutschlands beschlagnahmt würde, darüber hatte er erklärt, im voraus nichts sagen zu können. England hat nun trotz dieser Stellungnahme des amerikanischen Staatssekretärs die Ladung mit Beschlag belegt unter dem Vorwande, daß nach der Beschlagnahme aller Getreide- und Mehlvorräte Deutschlands die Ladung als für die deutsche Regierung bestimmt gewesen sei. Diese Rechtfertigung ist vollkommen haltlos; denn es war nicht nur von vornherein bestimmt, daß die von auswärts eingehenden Getreide- und Mehlsendungen nicht der Beschlagnahme unterliegen, sondern die Bestimmungen, nach der solche Sendungen lediglich zur Verteilung an die Gemeinden und bestimmte Gesellschaften gehen müßten, ist noch eigens zur Befestigung jedes Vorwandes aufgehoben worden. Nachdem nun England trotzdem die Ladung mit Beschlag belegt hat, wird auch die Erklärung Deutschlands, es werde Lebensmittel auf amerikanischen Schiffen für England nicht mit Beschlag belegen, wenn es nicht von England dazu gezwungen würde, hinfällig. Wenn die Vereinigten Staaten nicht von England die Freigabe von Ladung und Schiff erzwingen, so wird auch Deutschland dazu übergehen, amerikanische Lebensmittel auf amerikanischen Schiffen mit Beschlag zu belegen.

wb. Washington, 13. Februar. (Neuter.) Die amerikanische Regierung schlug der englischen vor, den Plan, die „Wilhelmina“ vor ein Preisengericht zu stellen, aufzuschieben, damit die Eigentümer Gelegenheit bekommen, den Nachweis zu führen, den sie glauben führen zu können, daß die Ladung von Rechts wegen nicht beschlagnahmt werden dürfe.

Die Note der Vereinigten Staaten an Deutschland.

wb. Berlin, 12. Februar. (Amtlich.) Die amerikanische Note an Deutschland hat folgenden Wortlaut:

Eure Erzellenz!

Ich bin von meiner Regierung beauftragt, Eurer Erzellenz folgendes zu übermitteln:

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist durch die Bekanntmachung des deutschen Admiralsstabes vom 4. Februar 1915 darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Gewässer rings um Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten englischen Kanals als Kriegsgebiet anzusehen sind, daß alle in diesen Gewässern nach dem 18. d. Mts. eingetroffenen Kausfahrtschiffe zerstört werden sollen, ohne daß es immer möglich sein wird, Besatzung und Passagiere zu retten, und daß auch neutrale Schiffe in diesem Kriegsgebiet Gefahr laufen, da angesichts des Mißbrauchs neutraler Flaggen, der am 31. Januar von der britischen Regierung angeordnet worden sein soll, und angesichts der Zugänglichkeit des Seefriegs es nicht immer vermieden werden könne, daß die auf feindliche Schiffe berechneten Angriffe auch neutrale Schiffe treffen. Die amerikanische Regierung erachtet es daher als ihre Pflicht, die kaiserlich deutsche Regierung in aufrichtiger Hochschätzung und mit den freundschaftlichsten Gefühlen, aber auch ganz offen und ernstlich auf die sehr ernsten Folgen aufmerksam zu machen, die das mit der Bekanntmachung beabsichtigte Vorgehen möglicherweise herbeiführen kann.

Die amerikanische Regierung schätzt diese möglichen Folgen mit solcher Besorgnis ein, daß sie es unter den obwaltenden Umständen als ihr Recht, ja auch als ihre Pflicht erachte, die kaiserlich deutsche Regierung zu ersuchen, vor einem tatsächlichen Vorgehen die kritische Lage zu erwägen, die in den Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Deutschland entstehen könnte, falls die deutschen Seestreitkräfte in Befolgung der durch die Bekanntmachung des Admiralsstabes angeordneten Maßnahmen irgendein Kausfahrtschiff der Vereinigten Staaten zerstören oder den Tod eines amerikanischen Staatsangehörigen verursachen.

Es ist selbstverständlich nicht nötig, die deutsche Regierung daran zu erinnern, daß einer kriegsführenden Nation in Bezug auf neutrale Schiffe auf hoher See lediglich das Recht der Durchsicherung zusteht, es sei denn, daß eine Blockadeerklärung ergangen ist und die Blockade effektiv aufrecht erhalten wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt an, daß eine Blockade im vorliegenden Falle nicht beabsichtigt ist. Eine Erklärung um Ausübung des Rechtes, jedes Schiff anzugreifen und zu zerstören, das ein unbeschriebenes Gebiet auf offener See befährt, ohne erst festgestellt zu haben, ob es einer kriegsführenden Macht zugehört, oder ob seine Ladung Kriegskontenbande ist, wäre eine Handlungsweise, die so sehr im Widerspruch mit allen Präzedenten der Seekriegsführung steht, daß die amerikanische Regierung kaum annehmen kann, daß die kaiserlich deutsche Regierung im vorliegenden Falle sie als wirklich ins Auge faßt.

Der Verdacht, daß feindliche Schiffe zu Unrecht eine neutrale Flagge führen, kann nicht eine berechnete Vermutung schaffen dahingehend, daß alle Schiffe, die ein näher unbeschriebenes Gebiet durchfahren, demselben Verdacht unterliegen. Gerade um solche Fragen aufzuklären, ist nach Ansicht der amerikanischen Regierung das Recht der Durchsicherung anerkannt worden.

Die amerikanische Regierung hat von der Denkschrift der kaiserlich deutschen Regierung, die zugleich mit der Bekanntmachung des Admiralsstabes bekannt geworden ist, eingehend Kenntnis genommen. Sie benutzte diese Gelegenheit, die kaiserlich deutsche Regierung mit größter Hochschätzung darauf aufmerksam zu machen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten zu einer Kritik wegen nicht neutraler Haltung, der sich nach Ansicht der deutschen Regierung die Regierungen gewisser anderer neutraler Staaten ausgesetzt haben, keine Veranlassung gegeben hat.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat keinen Maßnahmen zugestimmt, oder hat es bei keiner solchen bewenden lassen, die von den anderen kriegsführenden Nationen im gegenwärtigen Kriege getroffen worden sind, und die auf eine Beschränkung des Handels hinielen. Vielmehr hat sie in allen solchen Fällen eine Haltung eingenommen, die ihr das Recht gibt, jede Regierung in der richtigen Weise für alle eventuellen Wirkungen auf die amerikanische Schifffahrt verantwortlich zu machen, welche durch die bestehenden Grundzüge des Völkerrechts nicht gerechtfertigt sind. Daher erachtet sie die amerikanische Regierung in vorliegendem Falle mit gutem Gewissen auf Grund anerkannter Prinzipien für berechtigt, die in der Note angeordnete Haltung anzunehmen.

Falls die Kommandanten deutscher Kriegsschiffe auf Grund der Annahme, daß die Flagge der Vereinigten Staaten nicht im guten Glauben geführt werde, handeln sollte, und auf hoher See ein amerikanisches Schiff oder das Leben amerikanischer Staatsangehöriger vernichten sollte, so würde die Regierung der Vereinigten Staaten in dieser Haltung schwerlich etwas anderes, als eine unentschuldbare Verletzung neutraler Rechte erblicken können, die kaum in Einklang zu bringen sein würden mit den freundschaft-

lichen Beziehungen, die jetzt glücklicherweise zwischen den beiden Regierungen bestehen.

Sollte eine solche beklagenswerte Situation entstehen, so würde sich die Regierung der Vereinigten Staaten, die die kaiserlich deutsche Regierung wohl verstehen wird, genötigt sehen, die kaiserlich deutsche Regierung für solche Handlungen ihrer Marinebehörden streng verantwortlich zu machen und alle Schritte zu tun, die zum Schutze amerikanischen Lebens und Eigentums und zur Sicherung des vollen Genusses der anerkannten Rechte auf hoher See für die Amerikaner erforderlich sein würden.

In Anbetracht dieser Erwägungen, die die Regierung der Vereinigten Staaten mit der größten Hochschätzung und in dem ernstesten Bestreben vorbringt, irgendwelche Mißverständnisse zu vermeiden, und zu verhindern, daß Umstände entstehen, die sogar einen Schatten auf den Verkehr der beiden Regierungen werfen könnten, spricht die amerikanische Regierung die zuversichtliche Hoffnung und Erwartung aus, daß die kaiserlich deutsche Regierung die Versicherung geben kann und will, daß amerikanische Staatsbürger und ihre Schiffe anders, als im Wege der Untersuchung durch deutsche Seestreitkräfte selbst in dem in der Bekanntmachung des deutschen Admiralsstabes näher bezeichneten Gebiete nicht belästigt werden sollen.

Zur Information der kaiserlichen Regierung wird hinzugefügt, daß der Regierung Seiner Britannischen Majestät bezüglich des ungerechtfertigten Gebrauches der amerikanischen Flagge zum Schutze der britischen Schiffe Vorstellungen gemacht worden sind.

Ich benutze diesen Anlaß Eurer Erzellenz erneuert einer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

gez. James B. Gerard.

Seiner Erzellenz Herrn v. Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

(Die von der amerikanischen Regierung erwartete Aufklärung wird, wie wir annehmen, in demselben freundschaftlichen Tone erfolgen, in dem die amerikanische Note gehalten ist. WTB.)

Die Note an England.

wb. London, 13. Februar. „Neuter“ meldet aus Washington: Der Text der amerikanischen Note an England besagt, daß das Staatsdepartement von der Erklärung des deutschen Reichsmarineamtes Kenntnis erhalten habe, daß die englische Regierung ausdrücklich zur Benutzung der neutralen Flagge ermächtigt habe, und erwähnt auch den Fall der „Lusitania“ und die Berichte der Zeitungen über die Erklärung des Foreign Office, die zur Benutzung der neutralen Flagge ermächtigt habe und die Benutzung der neutralen Flagge verteidigte. Die Note erklärt, die Regierung der Vereinigten Staaten fasse mit Angst und Sorge irgendwelche allgemeine Benutzung der Flagge der Vereinigten Staaten durch englische Schiffe ins Auge, die die in der deutschen Erklärung bezeichneten Gewässer befahren würden.

wb. London, 14. Februar. In der von den Blättern veröffentlichten Note der Washingtoner Regierung heißt es u. a. Der gelegentliche Gebrauch der Flagge einer neutralen oder feindlichen Macht unter dem Druck einer Verfolgung erscheint der Regierung der Vereinigten Staaten sehr verschieden von der ausdrücklichen Sanktionierung durch die kriegsführende Regierung. Die formelle Sanktionierung einer solchen Politik würde die Schiffe der Neutralen, die diese Gewässer besuchen, gefährden, weil sie den Verdacht wachrufen, daß sie Schiffe feindlicher Nationalität seien. Angesichts der deutschen Erklärung würde die Regierung der Vereinigten Staaten jeden allgemeinen Gebrauch der Flagge der Vereinigten Staaten durch britische Schiffe mit großer Besorgnis betrachten, da die britischen Schiffe keinen Schutz gewähren, wohl aber Schiffe und das Leben amerikanischer Bürger ernstlich bedrohen würden. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet deshalb, daß die britische Regierung alles tun werde, um die Schiffe britischer Nationalität von dem fälschlichen Gebrauch der Flagge der Vereinigten Staaten abzuhalten.

Freiheitseinschränkungen in England.

Zürich, 13. Februar. Wie dem Berner „Bund“ aus London geschrieben wird, zeigt sich in England allmählich eine starke Opposition gegen die Aufhebung der Magna Charta und die strenge Anwendung des Defence of the Realm-Gesetzes. Der unter seinem früheren Namen Sir Alfred Cripps bekannte Lord Bamford, einer der der hervorragendsten Juristen Englands, hat daher im Oberhaus einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Vorschriften des genannten Gesetzes nur auf Militärpersonen angewendet werden. Selbst konservative Blätter wie „Daily Mail“ kämpfen gegen das tyrannische Gesetz, das die persönliche Freiheit aufs Äußerste einschränkt. Es ist wahrscheinlich, daß seine Vorschriften nur für Fremde und Naturalisierte bestehen bleiben werden.

Indische Bomben.

wb. London, 14. Februar. Die „Times“ melden aus Delhi: In dem Garten des Delhi Clubs wurde von einem Inder eine Bombe geworfen, durch die niemand verletzt wurde. Der Täter entkam. Es wird vielfach angenommen, daß der Anschlag eine Folge der Urteilsfällung in dem Verschwörerprozess ist.

„Daily Mail“ warnt.

wb. London, 13. Februar. „Daily Mail“ schreibt in einem Leitartikel: Es sind beunruhigende Anzeichen dafür vorhanden, daß das Vertrauen, mit dem wir dem Ergebnis des Krieges entgegensehen können, in einen gefährlichen und unberechtigten Optimismus ausartet. London ist voll von Leuten, die den baldigen Zusammenbruch des Feindes erwarten. „Daily Mail“ zählt die Gründe auf, die scheinbar für diese Annahme vorhanden sind, und fährt fort: Deutschland ist noch nicht geschlagen und noch lange nicht am Ende seiner Hilfsquellen. Viele von den Notmaßregeln, die es jetzt ergreift, sind einfach ein bewußter Versuch, seine Organisation für einen langen Krieg umzuformen. Das bedeutet noch keinen Verfall der Kräfte oder des Willens zum Siege. Alle dauernden Faktoren sprechen zugunsten der Verbündeten, aber nur unter der einen Bedingung, daß wir das höchste Maß unserer Kraft einsetzen. Jetzt ist die Zeit, die Anstrengungen für die vor uns liegende Aufgabe zu verdoppeln.

Der Luftkrieg.

wb. London, 13. Februar. Das Reutersche Büro meldet amtlich über den Vorstoß der britischen Flieger an die belgische Küste: Vierunddreißig Flugzeuge und Wasserflugzeuge unternahmen einen Angriff auf das Gebiet von Brügge, Zeebrügge, Blankenberge und Ostende. Das Resultat ist unbekannt. Während des Angriffs hatten die Flieger mit einem schweren Schneetreiben zu kämpfen. Der Flieger Graham White, der bei Nieuport in die See fiel, wurde durch ein französisches Schiff gerettet. Alle Flieger sind trotz bestiger Beschädigung durch die Deutschen mit Gewehren, Maschinengewehren und Geschützen unverfehrt zurückgekehrt. Zwei Flugzeuge wurden beschädigt. Das Unternehmen wurde durch die maritime Abteilung des Fliegerkorps ausgeführt.

Der französische Generalstabsbericht.

wb. Paris, 13. Februar. Amtlicher Bericht von 3 Uhr nachmittags. Zwischen Meer und Lys beschossen die Deutschen heftig Nieuport und das Dünengebiet. Sie beschossen ebenfalls Ypern während der Nacht zum 12. Februar und die Stellungen südlich Ypern während des Tages am 12. Februar. Wir erwiderten wirksam die zwischen Lys und Somme auskessende Kanonade. Im Arrasgebiet und Carency brachten wir zwei Minenherde in kleinen feindlichen Posten zur Explosion. An der Somme zwischen Dife und Aisne und in der Champagne war die Artillerie auf beiden Seiten sehr tätig. Etwa zehn Flugzeuge überflogen das Gebiet von Verdun. Die Bomben, welche sie abwarfen, verursachten keinen Schaden. (Natürlich!) In der Nacht zum 12. Februar warfen wir zwei deutsche Angriffe auf unsere Schützengräben im Caureswalde, nördlich Verdun, zurück. In Lothringen wurde der deutsche Angriff gegen unsere Stellung bei Arancourt, welcher gestern Abend gemeldet war, von einer Kompagnie ausgeführt, während ein anderer, ohne mehr Erfolg zu haben, versuchte, unsere Posten bei Rancay einzunehmen. Im Elsaß beschloß der Feind unsere Stellungen, welche wir am 12. Februar im Gebiet von Sudelsoff erobert hatten. Infolge der Einrichtung unserer Schützengräben war die Wirkung dieses Bombardements unbedeutend.

Die ungeheuren Verluste des französischen Handels.

wb. Paris, 13. Februar. Das Finanzministerium veröffentlicht eine Statistik über die Ein- und Ausfuhr Frankreichs von August bis Ende November 1914. Bis 31. Juli 1914 wies die Einfuhr einen Mehrbetrag von 53 035 000 Franken, die Ausfuhr einen Ausfall von 66 619 000 Franken gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres auf. Vom 1. August bis 30. November 1914 betrug der Ausfall der Einfuhr 1 688 656 000, der Ausfall der Ausfuhr 1 564 830 000 Franken gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im November 1914 betrug die Ausfuhr für Belgien 170 000 statt 102 000 000 Franken im November 1913. Für Rußland betrug die Ausfuhr 338 000 gegen 7 061 000 Franken, die Einfuhr 2 978 000 gegen 39 622 000 Franken, für England die Ausfuhr 66 714 000 gegen 109 704 000 Franken, die Einfuhr 50 688 000 gegen 89 931 000 Franken, für die Schweiz die Ausfuhr 13 066 000 gegen 34 432 000 Franken, die Einfuhr 7 260 000 gegen 12 485 000 Franken, für Italien die Ausfuhr 10 371 000 gegen 27 861 000 Franken, die Einfuhr 6 712 000 gegen 22 000 000 Franken, für Spanien die Ausfuhr 7 624 000 gegen 18 106 000 Franken, die Einfuhr

9 829 000 gegen 25 932 000 Franken, für die Vereinigten Staaten die Ausfuhr 25 467 000 gegen 34 013 000 Franken, die Einfuhr 56 493 000 gegen 133 172 000 Franken, für Algerien die Ausfuhr 18 343 000 gegen 43 927 000 Franken, die Einfuhr 16 868 000 gegen 25 123 000 Franken. — Der „Temps“ fügt hinzu, die amtliche Statistik zeige, welche ungeheuren Verluste der französische Handel durch den Krieg erleide, und beweise, wie notwendig es sei, die Wiederaufnahme der Arbeit zu begünstigen. Die wirtschaftliche Depression müsse eingebremst werden. Der Außenhandel Frankreichs sei in vier Monaten um 3 253 Millionen Franken zurückgegangen, davon entfallen 1300 Millionen auf Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei. Der Außenhandel Frankreichs mit den Verbündeten, den französischen Kolonien und den Neutralen sei demzufolge um zwei Milliarden zurückgegangen. Die Verbündeten, die die Meere beherrschten, dürfen keine Anstrengung unterlassen, um neue Absatzgebiete zu finden. Die wirtschaftliche Wohlfahrt sei in dem Abnutzungskrieg wie bisher der hauptsächlichste Bestandteil der nationalen Verteidigung.

Die Garibaldianer.

wb. Berlin, 14. Februar. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Rom: Garibaldi soll in London 6 Millionen Lire zur Ausrüstung von 30 000 Freiwilligen verlangt haben. Wahrscheinlich handelt es sich um eine Londoner Erfindung. Wenn sich aber diese Finanzierung bestätigen sollte, wird sie hier peinliches Erstaunen verursachen.

wb. London, 14. Februar. Der Premierminister hat Gricciotti Garibaldi empfangen.

Der Krieg in Ostafrika.

wb. Berlin, 13. Februar. (Amtlich.) Aus Deutsch-Ostafrika wird amtlich gemeldet: Bei der Beschießung des Rufidje-Deltas durch drei englische Kreuzer wurde die am 7. November versuchte Einfuhr von vier armerierten feindlichen Baraffen und einem Dampfer durch Maschinengewehrfeuer vereitelt. Am 11. November wurde ein großer englischer Dampfer in der Mündung bei Simba Uranga versenkt, der, unter Geschützfeuer von Kreuzern und eskortiert durch vier armerierte Baraffen und einen Dampfer, einfuhr. Bei dem Gesecht wurden vier Europäer der Küstenwache leicht verwundet. Der Feind hatte Verluste. Näheres unbekannt.

Ebenfalls im November griff eine belgische Kompagnie mit zwei Maschinengewehren die deutsche Stellung unter Leutnant Hannelbacher bei Pampepe und Kasafalawe auf britischem Gebiet am Süden des Tanganjika-Sees an, während die „Ringani“ und die „Hedwig Wismann“ auf dem Abtransport des erbeuteten Telegraphenmaterials abwesend waren. „Hedwig Wismann“ kehrte zurück und nahm an dem Kampfe teil. Nach fünfständigem Gesecht ging der Gegner zurück unter Zurücklassung von fünf toten Askari und Mitnahme von mehreren toten und verwundeten Europäern und Askari. Bei uns wurden leicht verwundet ein Maat und zwei Askari. Ein auf Land liegender englischer Dampfer „Cecil Rhodes“ wurde gesprengt.

Ein englischer Dampfer von der Größe unserer „Ringani“ wurde bei Kituta am Tanganjika-See von der „Hedwig Wismann“ und der „Ringani“ unter Kapitänleutnant Hendrick zerstört, ferner wurde ein englisches Stahlboot genommen.

In Ergänzung der früheren Nachrichten über die Schlacht bei Tanga wird noch folgendes gemeldet:

Bei Tanga liefen am 2. November zwei Kriegsschiffe und 14 Transportdampfer an. Nach Ablehnung der Forderung, die Stadt bedingungslos zu übergeben, fuhren die Schiffe wieder ab, landeten aber dann nachts bei Tanga Truppen. In dreitägiger Schlacht, vom 3. bis 5. November, wurden die feindlichen Truppen, die aus acht Kompagnien des Lancashire-Regimentes und acht indischen Regimentern bestanden, von unseren Truppen unter Oberstleutnant von Lettow vernichtend geschlagen.

Der Feind hinterließ tot 150 Engländer und 600 Inder. Viele Engländer und Inder wurden gefangen genommen und acht Maschinengewehre erobert und viel Waffen, Munition und Vorräte erbeutet. Die Schiffe fuhren unter Mitnahme vieler Verwundeter, darunter 60 Schwerverwundeter, einschließlich zwei Oberleutnants und einer Anzahl anderer Offiziere, ab, die sich ehrenwörtlich verpflichtet hatten, nicht mehr gegen Deutschland zu kämpfen. Unsere Verluste sind gering. Tot 15 Deutsche, darunter von Prince. Beim Bombardement von Tanga wurden eine Anzahl Häuser beschädigt.

Die bei Risum Biru, westlich des Viktoriasees, in den deutschen Bezirk Buloba eingedrungenen englischen Truppen wurden im November von unseren Truppen unter Major v. Stümer aus dem deutschen Gebiet herausgeworfen. Englisch-Risiba wurde befehzt. Gegenwärtig ist Deutsch-Ostafrika völlig frei von dem Feind. Teile deutscher Truppen stehen auf feindlichem Gebiet. In Britisch-Ostafrika und Uganda, vor der ostafrikanischen Küste, befinden sich die englischen Kreuzer „Chatham“, „Dartmouth“, „Weymouth“, „Fox“ und einige Hilfskreuzer.

Deutscher Bericht über die Beschießung von Daresalam.

wb. Berlin, 13. Februar. Zur Beschießung von Daresalam wird amtlich gemeldet: Vor einiger Zeit wurde von Reuter berichtet, daß das offene unverteidigte Daresalam von englischen Kreuzern wegen Mißbrauchs der weißen Flagge seitens der Deutschen bombardiert und einige Europäer gefangen genommen worden seien. Ueber diesen Vorfall wird jetzt vom Gouverneur Schnee gemeldet: „Am 28. November liefen das Schlachtschiff „Goliath“, der Kreuzer „Fox“, ein Kabeldampfer und ein Schlepper Daresalam an. Nach Verhandlungen unter der Parlamentärflagge gestattete der Vertreter des Gouverneurs die Einfahrt einer englischen Pinasse in den Hafen zur Prüfung, daß die dort liegenden Dampfer der Deutschostafrika-Linie nicht betriebsfähig seien. Unter Bruch getroffener Abrede fuhren in Abständen zwei weitere mit Maschinengewehren bewaffnete englische Pinassen ein und richteten durch Sprengen der Maschinen auf den Dampfern „Feldmarschall“, „König“ und „Kaiser Wilhelm“ Schaden in Höhe von einigen 100 000 Rupien an. Ein Teil der Dampferbesatzung wurde gefangen genommen. Als dann noch eine dritte armierte Pinasse einfuhr, wurde sie von unseren Maschinengewehren beschossen. Darauf folgte das Bombardement von Daresalam, unter dessen Schuß die Herausfahrt der Pinasse stattfand, was unter Verlusten gelang. 13 Engländer wurden gefangen genommen, darunter Leutnant Commander Latterson vom „Goliath“. Das Gouverneurspalais wurde vollständig zusammengeschossen, weitere Häuser beschädigt. Am 30. November erschienen die Kriegsschiffe wieder. Ihre Signale um Wiederaufnahme der Verhandlungen blieben mit Rücksicht auf den Vertragsbruch der Engländer vom 28. unberücksichtigt. Darauf bombardierten die Schiffe nochmals die offene und unverteidigte Stadt Daresalam. Eine Reihe von Häusern wurde schwer beschädigt, eine Anzahl Suahelifrauen getötet oder verwundet. — Hiernach stellen sich also die Vorgänge, die zur Beschießung von Daresalam führten, in wesentlich anderem Lichte dar, als es Reuter seinerzeit gemeldet hatte. Ein Mißbrauch der weißen Flagge unsererseits hat nicht stattgefunden.“

Der Heilige Krieg des Islams.

Konstantinopel, 13. Februar. Nach hier vorliegenden Depeschen von der Front haben die türkischen Truppen in verschiedenen Einzelgefechten eine Reihe von Erfolgen über die russischen Vortruppen zu verzeichnen gehabt. Mehrere hundert Gefangene und eine Menge Kriegsmaterial wurde von ihnen erbeutet. — Ein Ueberfall dreier russischer Kosaken-Regimenter auf türkische Stellungen in Aserbeidschan wurde mit schweren Verlusten für die Russen abgewiesen.

Afghanistan und Persien.

wb. Konstantinopel, 14. Februar. Das persische Blatt Saver erfährt aus Teheran, daß eine afghanische Gesandtschaft an der persischen Grenze eingetroffen ist. Ihre Ankunft wird als glühendes Vorzeichen für die Annäherung Afghanistans an Persien betrachtet. Nach Informationen aus gleicher Quelle soll die Annäherung zwischen der Türkei und Persien vollzogen werden. In Teheran treffen unablässig bewaffnete Krieger aus Mazandaran, Ghilan, Rescht und Raswin ein. Der persische Gesandte wurde wegen seiner dem Willen des Schahs zuwiderlaufenden Haltung nach Rom versetzt.

Der Fall der „Washington“.

wb. Konstantinopel, 14. Februar. Amtlich wird mitgeteilt: Der von den Russen in Trapezunt versenkte amerikanische Dampfer „Washington“ war auch Lazarettsschiff. Die von den Russen seit Beginn der Feindseligkeiten angelegte Praxis beweist ihre Unfähigkeit, einen Platz unter den zivilisierten Völkern zu behaupten, wie auch die oben gekennzeichnete Barbarei ihnen die Verachtung der ganzen Welt zuziehen wird.

Berlin, 13. Februar. Wie der „Osmanische Lloyd“ nach einem Telegramm der W. Z. a. M. aus Konstantinopel erfährt, wird die Bforte wegen der Zerstörung des mit Sanitätsmaterial beladenen amerikanischen Handelsschiffes „Washington“ energischen Einspruch bei den neutralen Staaten erheben, um sie zu veranlassen, gegen das ungesetzhafte, dem Völkerrecht hohnsprechende Verhalten Rußlands entschiedene Stellung zu nehmen.

Rußlands Ansprüche und die Neutralen.

Berlin, 14. Februar. In Rumänien und Griechenland haben, wie man dem „Berl. Tagebl.“ aus Wien meldet, die immer schärfer betonten Ansprüche Rußlands auf Konstantinopel und die Dardanellen Mißbilligung erzeugt.

Japans Forderungen und Englands Stimmung.

wb. London, 14. Februar. Die Mütter beschäftigen sich mit Japans Forderungen an China, die in England infolge der Zensur später bekannt wurden, als im Ausland. Die „Times“ finden die Forderungen Japans gerechtfertigt. „Daily News“ meinen, als Maß genommen stellen diese Forderungen große Landstriche Chinas unter eine Art Bevormundung von Japan und lassen sich nicht mit einer Politik der offenen Tür vereinbaren, die die Grundlage der englischen Politik in China bilde. Der Krieg ist Japan Gelegenheit, aber die Zeit ist kaum geeignet, sich über die Ethik eines solchen Vorgehens auszulassen.

wb. London, 14. Februar. „Times“ melden aus Tokio: Das unerwartete Vorgehen Japans, das der chinesischen Regierung eine Reihe von Forderungen unterbreitet, hat in China verkehrend gewirkt. Es wird in China gefürchtet, daß die Schwäche des Landes so viele Gelegenheiten für Intervention biete, daß das Reich nicht gleichgültig einer ernstlichen Ausdehnung der bereits bestehenden fremden Interessen zusehen kann, was der Fall sein würde, wenn die japanischen Vorschläge in vollem Umfang angenommen würden.

Der Weizen in Amerika.

wb. London, 14. Februar. Die „Times“ melden aus New York: Die Kommission für Lebensmittelversorgung, deren Vorsitzender der Bürgermeister von New York ist, wird die Regierung in Washington ersuchen, eine Untersuchung darüber anzustellen, wie viel Weizen im Lande vorhanden sei und wie lange er unter den gegenwärtigen Verhältnissen reichen werde.

Die Ueberlebenden der „Emden“.

Konstantinopel, 14. Februar. Wie der „Osmanische Lloyd“ erfährt, hat die auf Sodeida gelandete Abteilung der „Emden“ einen überaus herzlichen Empfang gefunden. Sie wurde im Stadtverwaltungsgebäude untergebracht, wo der Vorsitzende der Stadtverwaltung, Ahmed Schükri Pascha persönlich für ihr Wohlbefinden sorgte. Er gab ihnen ein Gastmahl und schenkte als Andenken der Stadtverwaltung jedem einzelnen eine arabische Kopfbedeckung aus feinstem Adener Seide.

Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

wb. Berlin, 13. Februar. Nach Eröffnung der Sitzung der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses führte zunächst ein Abgeordneter aus, daß die Schutzpolitik durch den gegenwärtigen Krieg ihre glänzende Rechtfertigung gefunden habe. Im wesentlichen reiche die heimische Produktion für die menschliche Nahrung aus, aber nur eine richtige organisatorische Einteilung stelle die richtige Versorgung sicher. Es sei zu bedauern, daß die Organisation der Kriegsgetreidegesellschaft ohne Hinzuziehung landwirtschaftlicher Vertreter eingerichtet worden sei. Man möge im übrigen alles tun, was die zukünftige Ernte sichere, ohne ängstliche, in diesem Falle gefährliche, unangebrachte Sparmaßnahmen. Die in Aussicht gestellten Maßnahmen der künftigen Staatsregierung für eine zweckmäßige Bewertung der künftigen Futtermittel seien dankbar zu begrüßen. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln sei nicht bedenkenswert gewesen, eine Milderung müsse bald erfolgen.

Im Anschluß gab der Unterstaatssekretär im Finanzministerium erneut Auskunft über die Geschäftsführung der Kriegsgetreidegesellschaft und auch hinsichtlich der leitenden Personen. Auf die Bemerkung des Vorredners, es sei ein Mangel der Organisation, daß die Landwirtschaft nicht ausreichend an der Geschäftsführung beteiligt sei, wies der Unterstaatssekretär darauf hin, daß die Kriegsgetreidegesellschaft ursprünglich gedacht gewesen sei als zivilwirtschaftliches Unternehmen mit staatlicher und kommunaler Wirkung zum Zweck der Konsumversorgung. Durch Bestellung von landwirtschaftlichen Sachverständigen bei der Geschäftsführung sei aber die Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen ebenso gewährleistet wie dadurch, daß ein hervorragender Vertreter der Landwirtschaft auf den Vorschlag der übrigen gewerblichen Anteilhaber Sitz und Stimme im Aufsichtsrat der Kriegsgetreidegesellschaft habe.

Ein anderer Redner bemerkte, wichtig sei einmal die Festhaltung und richtige Verteilung der Vorräte bis zur nächsten Ernte, zweitens die Vorbereitung der nächsten Ernte selbst. Für das erste Sorge jetzt, soweit wie möglich, die Kriegsgetreidegesellschaft, die vielleicht noch etwas anders organisiert werden könne. Für das zweite müsse mit allen Kräften eingetreten werden, weder Reich noch Staat dürften mit den Mitteln sparen, um den Landwirten die gute Durchführung der Feldbestellung zu ermöglichen. Ein Abgeordneter knüpfte an die Äußerungen des Vizepräsidenten des Staatsministeriums an, er sehe in der Erklärung des Vizepräsidenten, „daß die Landwirtschaft an allem Ende der hauptleidtragende Faktor in Deutschland sein werde“, die Antwort auf frühere gegen die Landwirtschaft gerichtete Vorwürfe. Ganz besonders müßte von der Regierung erwartet werden die Feststellung der vorhandenen Futtermittel und ihre Beschlagnahme, um weitere Preistreibern zu verhindern.

Ein weiteres Kommissionsmitglied führte aus: Infolge des Mangels an Futtermitteln habe sich das Verbot der Verfütterung von Brotgetreide als nicht ausreichend wirksam erwiesen. Das Korrelat niedrigster Höchstpreise hätten gleichzeitig die Sicherung ausreichender Getreidebestände sein müssen. Erst jetzt aber sei es zur Beschlagnahme der gesamten Getreidevorräte gekommen. Diese Maßnahme werde sich dann als wirksam erweisen, wenn der jetzt aufgenommene Faden, ohne abzuweichen, verfolgt werde. Dann werde man bezüglich der Ernährung auch einer längeren Dauer des Krieges ruhig entgegensehen können, ebenso wie dies bezüglich der Aufrechterhaltung unserer gewerblichen Tätigkeit der Fall sei. Diese werde man wesentlich fördern, wenn man die erheblichen Vorräte an Rohmaterialien, die in den okkupierten Gebieten aufgekauft worden seien, möglichst rasch nach Deutschland abtransportierte.

Der Handelsminister sprach die Bitte aus, solche Fragen, die der Gewalt der Heeresleitung und der Reichsverwaltung unterstünden, im Reichstage zur Sprache zu bringen. Ein preussischer Staatsminister könne die Verantwortung für diese Maßnahmen im vollen Umfange doch nicht übernehmen.

Ein weiterer Redner vertrat zwar den Standpunkt, daß, wenn auch die preussischen Ressortminister nicht für die Maßnahmen der Reichsbehörde verantwortlich seien, doch das preussische Staatsministerium berufen sei, an der zuständigen Stelle in geeigneter Weise einzuwirken. Es möge sofort mit der Maßnahme für die Verteilung des Brotgetreides vorgegangen werden. Auf die Schweinepreise solle man durch eine entsprechende Abmessung der Höchstpreise für Kartoffeln einwirken. Der Unterschied zwischen den Mehl- und Brotpreisen sei so groß, daß die Kommunalbehörden sich einer Festsetzung von Höchstpreisen nicht entziehen könnten.

Der Handelsminister erwiderte, daß er die Verpflichtung für den preussischen Staatsminister, anregend auf die Heeresleitung und die Reichsverwaltung einzuwirken, zweifellos anerkenne, und es sei in dieser Richtung das Erforderliche seitens aller Ressorts geschehen. Er könne jedoch für die Ausführung der einzelnen Maßnahmen von der Heeresverwaltung und der Reichsverwaltung nicht in vollem Umfange einstehen.

Der Landwirtschaftsminister führte aus: Die an drei Orten im Westen der Monarchie eingerichteten Sammelstellen für die aus den okkupierten Landesteilen unter Beteiligung der Heeresleitung hereingeschafften Vorräte hätten diese nicht nur auf den Westen verteilen sollen, sondern auch auf die ganze Monarchie. Möglichst viele solcher landwirtschaftlichen Vorräte hereinzubringen habe er sich im Einvernehmen mit dem Kriegsminister angelegen sein lassen. Er hoffe, daß sich vielleicht eine Erhöhung der täglichen Haferration ermöglichen lassen werde. Wegen Verminderung des vorhandenen zu großen Wildreichtums und damit des Wildschadens seien die Behörden mit Anweisungen versehen. Für gewisse Wildarten sei die Jagdzeit verlängert worden.

Ein anderes Mitglied der Kommission erklärte, es sei bedauerlich, daß der Vizepräsident des Staatsministeriums nicht anwesend sei. Er würde am besten über die das Reich betreffenden Fragen Auskunft geben können. Bis wir eine genaue Bestandaufnahme haben, sollten wir möglichst starke Reserven einstellen. Man sollte die Städte zwingen, alles unbebaute Land zu bestellen, möglichst mit Frühkartoffeln. Den Zuckerbauern müsse baldige Sicherheit gegeben werden, ob sie den Zuckerbau einzuschränken haben.

Die nächste Sitzung ist für Montag, den 15. Februar, 11 Uhr vormittags anberaumt worden.

wb. Berlin, 13. Februar. Der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses trat nach Schluß der Sitzung der Budgetkommission zu einer Besprechung zusammen und einigte sich dahin, daß die nächste Sitzung des Plenums des Abgeordnetenhauses voraussichtlich am 22. Februar stattfinden soll. Bis dahin dürften die Verhandlungen der Budgetkommission über den Etat des Staatsministeriums beendet sein.

Beschlagnahme sämtlicher Hafervorräte.

wb. Berlin, 13. Februar. Der Bundesrat verfügte die Beschlagnahme aller Hafervorräte ab 16. Februar. Ausgenommen sind Bestände von weniger als hundert Kilogramm. Den Landwirten und Pferdehaltern wird das erforderliche Saatgut bezw. der Pferdeunterhalt gelassen. Letzterer wurde vorläufig auf drei Doppelzentner für das Pferd bis zur nächsten Ernte festgesetzt.

Als Uebergangszuschlag wird bis zum 1. März täglich ein Kilogramm zugelassen. Ein Ausgleich zwischen den Kommunalverbänden mit Haferrückgang und solchen mit Hafermangel soll durch die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung Berlin, ein Ausgleich zwischen den einzelnen Besitzern durch die Kommunalverbände erfolgen. Gleichzeitig wurde der Haferrückgang um 50 Mark für die Tonne erhöht, rückwirkend für militärische Zwangsankäufe seit Januar.

wb. Berlin, 14. Februar. In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf von Verordnungen, betreffend die Höchstpreise von Hafer, die Zustimmung erteilt.

Fleisch und Bier.

Berlin, 13. Februar. Wie die B. Z. a. M. von zuständiger Stelle erfährt, wird in allernächster Zeit eine Verordnung erlassen werden, durch die die übermäßige Preissteigerung auf dem Schweinemarkt verhindert werden soll.

Wie das genannte Blatt weiter hört, ist voraussichtlich noch heute eine Bundesratsverordnung, die eine starke Produktionseinschränkung für sämtliche deutsche Brauereien bestimmt, zu erwarten.

Partei politisches aus Baden.

wb. Karlsruhe, 13. Februar. Die politischen Parteien Badens haben für die Dauer des gegenwärtigen Krieges ein Abkommen getroffen, nach dem für Ersthewahlen im Reichstage und Landtag, die während der Kriegszeit, einerlei aus welchen Gründen, nötig sein sollten, der Bestbestand der Parteien gewahrt bleibt, und dem Kandidaten derjenigen Partei, die das Mandat besaß, kein Gegenkandidat gegenübergestellt wird. Die Partei, welche das Mandat besaß, ist in der Auswahl ihres Kandidaten völlig frei. Unterzeichnet ist das Abkommen für die Volkspartei von Friedrich Weill, für die Konservativen von Freiherrn Laroche-Starkenfels, für die Nationalliberalen vom Geh. Hofrat Nebmann, für die Sozialdemokraten von Geiß Mannheim, für das Zentrum von Theodor Wader.

Ewiger Friede und Frauenstimmrecht.

Amsterdam, 13. Februar. Gestern fand hier eine Konferenz der Frauen aus neutralen und kriegführenden Ländern statt, auf der beschlossen wurde, bald einen internationalen Frauenkongress nach einem neutralen Lande einzuberufen, um die Rolle der Frauen zur Verhütung künftiger Kriege und die Frage der Herstellung guter internationaler Beziehungen zu besprechen, wozu nach Auffassung der Beteiligten die politische Gleichberechtigung der Frauen Vorbedingung ist.

Erhöhung der Kommunalsteuern in Großberlin.

wb. Berlin, 13. Februar. Wie die B. Z. a. M. hört, schlägt der Magistrat von Charlottenburg rückfichtlich der großen Ausgaben, die der Krieg an die Finanzen der Gemeinde stellt, und im Hinblick auf die wesentliche Mindereinnahme der Steuern im laufenden Jahre der Stadtverordnetenversammlung vor, den Zuschlag zur Staatseinkommensteuer von 110 auf 140 Prozent zu erhöhen. Wie die B. Z. a. M. von unrichtiger Seite hört, werden die übrigen Gemeinden Groß-Berlins dem Vorgehen Charlottenburgs folgen.



M.G.W.-Wetterhaus Hirschberg, 8 Uhr vormittags.

13. Februar.		14. Februar.	
Barometer	722 mm	Barometer	719 mm
Thermometer	+ 5 C.	Thermometer	+ 9 C.
Höchster Stand	+ 10 "	Höchster Stand	+ 10 "
Tiefster Stand	+ 1 "	Tiefster Stand	+ 4 "
Feuchtigkeitsmesser	52 %	Feuchtigkeitsmesser	89 %

Leipziger Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit (Alte Leipziger) Gegr. 1830

Versicherungsbestand Ende 1914:

Eine Milliarde und Hundert Millionen Mark

Versicherung mit Einschluss der Kriegsgefahr, besonders günstig für Landsturmpflichtige.

Vertreter in Hirschberg: Reichsbankvorstand a. D. H. Korn, Schmiedebergerstr. 15.

Erhöhung des Einkommens

durch Versicherung von Leibrente bei der

Preuss. Renten-Versicher.-Anstalt.

Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer:

beim Eintrittsalter (Jahre): 50 | 55 | 60 | 65 | 70 | 75

jährlich % der Einlage: 7,248 | 8,244 | 9,612 | 11,496 | 14,196 | 18,120

Bei längerem Aufschub der Rentenzahlung wesentlich höhere Sätze.

„Für Frauen gelten besondere Tarife“.

Aktiva Ende 1913: 124 Millionen Mark.

Prospekte und sonstige Auskunft durch: Richard Heise in Fa. Gebr. Cassel in Hirschberg, Markt 14, Heinrich Tuschke, Färbermeister in Greiffenberg, Bahnhofstr. 61, Paul Wuntsch in Landeshut, Bismarckstrasse 7, Hermann Jäschke in Warmbrunn, Schloßplatz 3.

Geschäftl. Anzeigen

Hermisdorf u. K.

Willengrundstück in ruhig, staubfreier Lage, mit 8 Zimm., Küche, Bad, Hausmeisterwohnung, Gas- und elektr. Licht sowie Wasserleit., schönem, großem Garten, per 1. 4. zu verkaufen oder zu vermieten. Offerten unter Z 962 an die Expedition des „Boten“ erbeten.

Seitendorf. Verpachte, ev. verkaufe meine 6 Morgen Wiese und Acker. Prüße, Cunnersdorf i. Riesengeb.

2 Fische, Wallatze,

2 1/2 J. alt, sowie mehrere starke Arbeitspferde stehen zum Verkauf Gasthof Gold. Greif. R. Blümel.

Ein rotsehender Bulle, 1 1/2 Jahre alt, steht zum Verkauf Mittel-Stonsdorf Nr. 32.

Zughund

zu kauf. gesucht Mühlgrabenstr. 1. Tüchtiger Waghund zu verkaufen Hirschdorf Nr. 129.

Arbeits-Markt

Ein junger, tüchtiger Bäckergehilfe sucht wegen Entlassung infolge Arbeitsmangels baldige Stellung. Oswald Pöhl, Landeshut Schl., Schmiedebergerstraße 7.

4 oder 5 tüchtige, selbständige

Schmiede

für Militärhufeisen

bei hohen Akkordlöhnen zum baldigen Antritt gesucht.

Robert Kirsch,

Eisenkonstruktionswerkst., Waldenburg i. Schles.

1 Ochsenjungen u. jung. Arbeiter sucht Heidrich, Straupitz.

Tüchtiger

Papierfabrikmeister,

welcher auch mit Kalandern und Querschneider Bescheid weiß, für 1. April, mögl. früher, gesucht.

Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an Papierfabrik Berthelsdorf, Kreis Hirschberg.

Einen

Papiermaschin.-Gehilfen

sucht sofort

J. G. Enge, Petersdorf i. R.

Suche einen tüchtigen Arbeiter oder Kutscher bei hohem Lohn.

Fritz Schiller, Viehhandlung, Langwasser, Post- und Bahnstation Mühlweifen.

Kutscher

für Mühle und Landwirtschaft sucht zu baldigem Antritt

Nieder-Mühle Seitendorf, Station Reischdorf.

Zum mögl. sofortigen Antritt wird gewandtes, kaufmänn. gebild.

Fräulein

für unser Kontor gesucht. Offert. mit Zeugnissen, Gehaltsansprüchen, Bild an

Geschäftliche Textilwerke

Methner & Frahn, A.-G., Landeshut i. Schl.

Suche zum 1. 4. Stellung als

Jungfer,

kann Schneidern, Weißnähen und Plätten. Berte Angebote unter V 939 an die Exped. des „Boten“.

Kontoristin

mit flotter Handschrift, sicher im Rechnen, mögl. mit Stenographie u. Schreibmasch. vertraut, per sofort gesucht. Offert. mit Angabe der bisherig. Tätigkeit u. Gehaltsanspr. unter M 952 an die Exped. des „Boten“ erbeten.

Ein fleißiges, sauberes, zuverläss.

Mädchen,

nicht unter 20 Jahren, sucht per 1. April Fr. Fechner, Café Rübenthal, Schmiedeberg i. Nhb.

Suche per 1. April anständiges, junges evangelisches

Mädchen

für alle häusl. Arbeit. Meld. mit Photographie und Zeugnissen Evang. Pfarrhaus, Deutmannsdorf (Kreis Löwenberg Schl.).

In Küche und Haushalt erfahr.

Mädchen

bei gutem Lohn zum 1. April für Gastwirtschaft nach Schreiberhau gesucht. Offerten unter S 957 an die Exped. des „Boten“ erbeten.

Bess. Mädchen sucht Stellung am Buffet, gleichzeitig. Familienanschl. Off. unt. B 965 an den „Boten“.

Anst. Mädchen sucht Stellung p. 1. 4. als Stütze bei beschr. Anspr. Off. unt. A 964 an den „Boten“.

Zuverlässiges fleißiges

Mädchen

zum 1. April gesucht. Frau Conrad, Cunnersdorf, Schwarzbachstraße.

Mädch., welsch. einen bess. Haushalt ständ. führen kann, gut locht, plätt., langj. Zeugn. hat, sucht per 1. 4. gute Stelle. Aust. ert. Fil. Schöndrunk, Cbf., Kochstr. 5, II.

Gasthof „Zur Glocke“. Heute Montag Schweinschlachten

Abends Wellfleischessen, Dienstag früh 10 Uhr Wellwurst, Abends Wurstabendbrot. Es ladet höflichst ein D. Güter und Frau.

Zum 1. 4. suchen 2 einz. Damen tüchtiges, zuverlässiges Dienstmädchen. Offerten unt. K 834 an die Exped. des „Boten“ erbet.

Einfaches, ehrliches Mädchen zu aller Hausarbeit 1. 4. gef. Warmbrunn, Hirschbergerstraße Nr. 10.

Stille, febl. Bedien. bald od. 1. 8. gef. Off. U 959 an d. „Boten“.

Kräftiges Dienstmädchen, 15-16 Jahre, f. häusl. Arb. z. 1. April sucht Stonsdorferstraße Nr. 33a, I.

Vermietungen

Kaiser Friedrichstr. 12, part., off. gut möbl. Zimmer mit Pension.

Sonn.-Bohn. z. v. Hospitalstr. 19.

2 Zimmer, Küche mit Zubeh.

p. 1. 4. an ruh., anst. Leute z. verm. Zu erfr. Neuf. Burgstr. 1 i. Lad.

Wohnung zu verm. Cunnersd. 204.

Hermisdorf u. K.

Schöne, sonnige Wohnung, 3 Z., Küche etc., Gas- und Wasserleitung, in Lage mit herrlicher Aussicht nach dem Hochgebirge, sowie mit Gartenbenützung, per bald oder 1. 4. zu vermieten. Offert. unter W 961 an die Exped. d. „Boten“.

Stube und Küche

per bald oder 1. April zu vermiet. Villa Vogt, Querzeifen Nr. 79.

Vergnügungen

Gasth. Gold. Löwe.

Dienstag:

Schweinschlachten.

Montag Abend Wellfleisch. Es laden freundlichst ein Joh. Innerbichler u. Frau.

Hotel-Restaurant

„Auguste Viktoria“, Hermisdorf (Kynast).

Dienstag, d. 16. Februar cr.:

Schweinschlachten.

Borm. Wellfleisch u. Wellwurst, abends Wurstabendbrot.

Frühcr. Anstich v. Kulmbacher und Gorkauer hell.

Hierzu ladet freundlichst ein R. Mattern.

Dienstag, den 16. ds. Mts., ladet zum

Fastnachtsskaffee und Bockbier

febl. ein Emma Glombel, Hartau.

